

Nichts Reaktionäres fällt, das man nicht niederschlägt!

Gestern: „Die Welt stand an einem Abgrund!“

Heute: Schon einen Schritt weiter?

Die Verantwortlichen bei der PleiteXXL-Bank HypoRealEstate verteilen Boni in Millionenhöhe, die teilverstaatlichte Commerzbank meldet 1,1 Milliarden Euro Gewinn, Griechenland erhält allseits Lob für seine „Anstrengungen“, die Schulden zu bedienen ... Und zu den im Jahr 2000 hochtrabend verkündeten „Millenniumszielen“ bemerkt der unverwechselbare Dirk Niebel: „Wir sind im Moment nicht im Plan“ (Focus Online 21.9.2010). Merkel fordert vor der UN-Vollversammlung „neues Denken“ in der Entwicklungspolitik. Na dann, ihr Hungernden dieser Erde: Stillgestanden! Denken! Neu!

Stand gestern noch die „Welt am Abgrund“ (so Steinbrück in Spiegel, 13.9.2010), so sind wir heute schon einen Schritt weiter. Der Wahnsinn richtet sich als Normalität ein. Diese Entwicklung hatte sich seit 1989/92, seit der Niederlage des Sozialismus in Europa und der Auflösung der Sowjetunion, wieder verstärkt. Denn Imperialismus fast ohne Schranken

führt auch dazu, dass seine „normalen“ Charakterzüge wieder deutlicher werden. Hatte der Imperialismus bis dahin noch den Stachel der Oktoberrevolution im Hintern, der zu Anspannung der Kräfte zwang (dazu gehören auch Weltkrieg und die dauernden militärischen Einsätze gegen die Völker der Welt), so führt nunmehr die beinahe unbedrohte Allmacht dazu, dass sich der Gestank von Fäulnis und Parasitismus ausbreitet. Die Krise mit ihren vorläufigen Höhepunkten wie der Lehman- (und IKB-) Pleite in 2008 hat nun deutlich gemacht, dass der Imperialismus auch dann, wenn er sich relativ ungestört durch das Proletariat und durch proletarische Staaten entwickeln kann, im Graben endet und sich herausarbeitend auf noch größere Desaster zuläuft.

In der BRD ist der Staat massiv, nämlich mit inzwischen fast 1,8 Billionen Euro (ohne die Schatzenhaushalte à la „Erblastentilgungsfonds“) verschuldet. Wer aber profitiert davon? Wer sind die



Griechische Hafentarbeiter legten am 29. Juni diesen Jahres unter der Führung der kämpferischen Gewerkschaft PAME wichtige Häfen ihres Landes durch Streiks lahm.

Wie weiter?

„Momentan sind wir als Belegschaften in einer günstigen Situation, wollen die Kapitalisten doch ihre Produktion, sprich den Export, mit hohen Profiten absichern. Dazu sind sie auf unsere Arbeitskraft angewiesen.“

Es ist gut und nützlich, wenn an diesem 13. November möglichst viele Kolleginnen und Kollegen und große Teile der Bevölkerung ihren Unmut über die soziale Demontage (Gesundheits„Reform“, Ausdehnung der Leiharbeit, Rente mit 67, etc.) auf die Straße tragen. Eines ist aber auch klar: „Samstagsspaziergänge“ werden nicht reichen, um die Regierung und ihre Lobbyisten aus Industrie- und Bankkapital davon abzubringen diese Gesetze zurückzunehmen. Von daher muss uns bewusst sein, dass letztendlich nur Streiks und ähnliche Aktionen zu Erfolgen führen können, so wie es uns die griechischen, französischen, spanischen Arbeiter vormachen. In diese Richtung müssen wir unsere Gewerkschaftsführungen zwingen und unseren Teil dazu beitragen, dass unsere Gewerkschaften wieder zu wirklichen Kampforganisationen werden. Und da hilft weder Jammern, Klagen noch eine Volksbefragung, um diese kapitalhörige Merkel-Westerwelle-Regierung möglichst bald zu Fall zu bringen.“

(Stellungnahme eines Industriearbeiters)

Haupt-Gläubiger? Das sind die Monopole aus Bank und Versicherung. Und von den Banken und Versicherungen gehen die Anleihen weiter an die „Anleger“ – und den größten Teil vom Kuchen schneiden sich die „anlegenden“ oberen Zehntausend heraus. Rund 14% (= **40,4 Mrd. Euro**) der Staatsausgaben (Bund) landen als Zinsen überwiegend in den Taschen der kleinen Schicht von ein paar tausend wirklich Reichen im Land, die von Zinsen und Dividenden leben können – da nehmen sich die rd. 45% der Staatsausgaben (= **147 Mrd. Euro**), die für „Arbeit und Soziales“ aufgebracht werden, um die Armut von Millionen zu verewigen, wahrlich als bescheidene Almosen aus! Und selbst der HartzIV-Empfänger trägt dann noch dazu bei, dass die Reichen zu ihrem Geld kommen – durch Bezahlen der Mehrwertsteuer auf jedes armselige Stück Brot. Damit wird die Wundertüte der Reichen gefüllt – und die haben Namen, Anschrift und Gesicht: Flick, Haniel, Quandt, Albrecht usw. usf. Diese Sippschaften sind durch kapitalistische Krise gerupft worden. Sie haben in ihrer Gier ein paar Milliarden in den Sand gesetzt. Desto dreister verlangen sie nun von ihrem Staat, dass er sich für die Unsummen, die zur Rettung von Bank und Versicherung bereitgestellt wurden, gefälligst bei den Arbeitern, beim Kleinbürgertum in Stadt und Land schadlos halten soll. Und damit sich das Milliardärs-Pack die Sofort- und Dauer-Rente auf Dauer sichern kann, sollen bei uns die Renten gekürzt und das Rentenalter noch weiter heraufgesetzt werden. Und wie zum Hohn schütten sie über uns aus: 5 Euro mehr bei HartzIV, 13 Euro mehr Bafög für die studierende Jugend. Soviel an „neuem Denken“ haben die Proteste bewirkt, soviel meinen sie genügt, um den wachsenden Volkszorn zu beschwichtigen.

Wenn sie sich da nur nicht geirrt haben

Zwar hatte man ihn lange genug lächerlich gemacht, ihn verspottet, ihn in die Klamottenkiste der ewigen „Globalisierung“ verbannt – den Nationalstaat. Er sollte sich nur noch um's „Kerngeschäft“ kümmern, wofür bekanntermaßen Polizei, Militär und Justiz stehen. Mit der Krise aber ist er auch ökonomisch wieder die letzte Hoffnung und Stütze der Reichen geworden. Die größten Schreier für das „freie Spiel der Marktkräfte“, die Privatisierer, DDR-Einverleiber und Treuhand-Piraten krächten plötzlich nach dem Staat. Also erst einmal die Banken und Versicherungen stützen, dann Garantien für ihre Zahlungsfähigkeit geben. Denn die seien ja „systemisch“ – einer von diesen wunderbaren Beschönigungs- und Verdummungsbegriffen, die als Teil der verbalen Bewältigung der Krise durch die Lügenmeister der Bourgeoisie geprägt wurden, um die Bedeutung der Banken als Stützpfiler des Systems herauszuheben.

Was dann noch hängenbleibt auf die Steuerzahler abwälzen. Und die vom Imperialismus abhängigen Länder wie Griechenland unter Kuratel stellen, damit die Bourgeoisie dort angehalten wird, sich ihrerseits schadlos an den griechischen Werktätigen zu halten. Dann darf Griechenland wieder von den imperialistischen Staaten garantierte Anleihen auflegen, die dreifachen Zins erbringen. Für wen? Für die bekannten „Anleger“.

Aber unvermeidlich kriecht die Krise, zu deren Bekämpfung er herangezogen wird, in ihn selbst, in den Staat, hinein. Was zur Sicherung der Banken



Diese Aussage bei Arbeitskämpfen in der BRD öfter zu lesen, wäre wichtig und angesichts der asozialen Politik der Regierung umso notwendiger.

angestrengt wird, wird zur Bürde für die Bürger. Was zur Sicherung der Reichen unternommen wird, muss bei den Armen und Noch-Besitzenden geholt werden. Was zur Erholung des Imperialismus gebraucht wird, dafür müssen die Werktätigen im eigenen Land und müssen die vom Imperialismus abhängigen Nationen bluten.

Alles Geschwätz – neue Regeln für die Finanzmärkte. Im Staub liegen Bankenaufsicht, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Rating-Agenturen. Im Staub liegen die als Retter gedachten Zentralbanken, auch Internationaler Währungsfonds oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Sie waren und sind die Komplizen der Finanzkonzerne. Sie alle haben der Ausgabe immer neuer Pfandbriefe und Schuldverschreibungen zugestimmt, dem Handel damit, den Wetten darauf; sie haben den Geschäftsmodellen der Hedgefonds und Kreditversicherer den Weg geebnet. Und die sollen jetzt als Stehaufmännchen dafür sorgen, dass der Kapitalismus wieder in die „normalen“ Bahnen zurückkehrt, sozusagen Kapitalismus light: ökologisch, sozial und stabil. Wer daran noch glaubt, sollte dringend den Arzt aufsuchen.

Es ist wohl so, wie es kluge Leute einmal ausgedrückt haben: Nichts Reaktionäres fällt, das man nicht niederschlägt!

Denn das dicke Ende kommt noch: Neben dem offiziellen Bankensektor, der allein in Europa Risiken von über 25 Billionen Euro aufweist, besteht noch die Bankenschattenwirtschaft. Da ist der Handel mit Derivaten – Wetten auf alles von Rohstoffen bis Staatsanleihen –; da sind z.B. Hedgefonds – ursprünglich einmal zur Absicherung von Risiken et-

wa bei Währungsschwankungen gedacht. Das Ganze soll einen Geschäftsumfang von ca. 680 Billionen haben (das entspricht etwa dem 300fachen des Bruttoinlandsprodukts der BRD). Und die wollen auch noch garantiert werden, denn die sind auch „systemisch“. Und sie sind deshalb systemisch, weil sie die Reichen reicher statt ärmer machen sollen. Und die verstaatlichte HRE macht es praktisch vor: dieser CSU-Bad Bank wird ein Einlauf nach dem anderen in Form von Garantien in den Hintern eingeschoben, um „die Märkte ruhig zu stellen“.

Parasitismus lebt solange bis ...

Angesichts solcher Umstände muten die Bemühungen um Regulierung der Finanzmärkte und Forderungen nach einer besseren Eigenkapitalausstattung der Banken wie ein schlechter Scherz an. Wenn sich hinter dem Gezerre nicht die tatsächlichen Auseinandersetzungen um die Neuaufteilung der Welt unter die Monopole und imperialistischen Großmächte verbergen würden – getarnt als Auseinandersetzung, wer die besten Regeln zur Rettung der Welt schafft. Dabei geht es nur darum, nach wessen Regeln die Welt zu tanzen hat.

Der Kreis schließt sich, wenn man sieht, dass die Großbanken auf ihrer Suche nach Anlage für die Gelder der superreichen Dauerrentner eine weitere Quelle für Zinseinnahmen bereits in erheblichem Umfang erschlossen haben. Die Staatsschuld besteht ja wesentlich aus Staatsanleihen von Bund und Ländern und Kommunalkrediten. Hieran verdienen wiederum hauptsächlich die Banken, die diese Kredite und Wertpapiere begeben. Sie verdienen dabei nicht nur bei der Ausgabe und an den Zinsen, sie verdienen am Handel, an der Verwaltung in Depots, an der Kontoführung.

Man kann wohl davon ausgehen, dass die Staatsgarantien für die Rettung des Bankensystems dazu führen, dass die Staatsschuld sich weiter massiv erhöht. Nutznießer wären also wieder die Banken. Zwar ein Fass ohne Boden, aber für die „Anleger“ wäre die Welt wieder in Ordnung.

Wenn wir uns nicht wehren, dann werden immer größere Teile unserer Löhne und Gehälter, die wir dringend zum Leben brauchen, gepfändet und in dieses Fass ohne Boden wandern, um den Reichen und den Banken „systemisch“ ihre Verluste zu ersparen und ihr Leben zu verlängern. Wir haben davon gar nichts.



„Integration“, die wir meinen:
 „Ob schwarz, ob weiß. Im Kampf vereint, gegen aller Rassen Feind. Die Ausbeuterklasse.“ (John Heartfield)
 Griechische Arbeiter, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, stehen Schulter an Schulter im Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau.

Und nun mal Klartext

Weshalb eigentlich nicht:

Zinsen und Schulden streichen, die der Staat bei den Banken und Versicherungen hat, verbunden mit einer Währungsreform. Bekanntermaßen hat dies der deutsche Staat im vergangenen Jahrhundert mehrmals praktiziert: 1923/24 nach 1. Weltkrieg und Inflation und 1948 nach 2. Weltkrieg und Inflation. Und ganz nebenbei: 1. Juli 1990 – DDR-Währung abgeschafft. Ganz nebenbei: 1. Januar 2002 – DM abgeschafft – Euro eingeführt. Währungsreform ist

also – wie die Geschichte offenbart – nicht notwendig mit Abschaffung des Kapitalismus verbunden. Wenn es den Herren nützt, wechseln sie die Währung wie das Hemd. Wenn es zu unserem Nutzen ist, wenn die Last der Schulden von den Schultern der kommenden Generationen genommen werden soll, dann müssen die Reichen gezwungen werden. Die Arbeiter im Bündnis mit dem Kleinbürgertum müssen sie zwingen, müssen deutlich machen, dass wir nicht auf den 3. Weltkrieg warten werden, bis das Schuldenproblem einmal mehr nach Art der herrschenden Klasse gelöst wird.

Weshalb eigentlich nicht:

Haftung der Verantwortlichen mit ihrem Privatvermögen: Vorstände in Banken und Versicherungen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Rating-Agenturen, Finanz- und Bankenaufsicht, Bundesbank, EZB, Ministerien ab Ebene Ministerialrat. Denn: Wer auf einen krisenfreien Kapitalismus gesetzt, wer die Lehren der Geschichte so sträflich missachtet hat, war verantwortungslos und handelte schuldhaft, mindestens aber grob fahrlässig.

Strafgerichtsverfahren für die Verantwortlichen,

- ★ die Belegschaften und ganze Nationen in den Ruin getrieben haben;
- ★ die Kollegen massenhaft auf die Straße gesetzt, die Leute aus ihren Wohnungen geworfen haben;
- ★ die so durch ihre Taten zu sozialem Raub und sozialem Mord beigetragen haben. **Hinter Gitter mit Banditen.**

Das sind bürgerlich-demokratische Forderungen. Das ist ein Minimalprogramm, gerade mal dazu angetan, um den Saustall ein bisschen aufzuräumen. Etwas Belüftung gegen den Gestank von Fäulnis.

Dafür mit allen demokratischen Kräften gemeinsam zu kämpfen, würde praktisch zeigen, ob der Imperialismus noch reformierbar ist oder nur die sozialistische Revolution der Ausweg ist. Ob nur übrigbleibt: Mit dem ganzen Saustall aufzuräumen.

Herausgeber: **Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung**
Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“

Tel.: 0911 – 356 913
 Fax: 0911 – 356 913

e-Mail: GruppeKAZ@aol.com
 www.kaz-online.de

V.i.S.d.P.: E. Wehling-Pangerl, Reichstraße 8, 90408 Nürnberg; E.i.S.

KAZ Nr. 332
Deutsche Krisenpolitik
Stuttgart21 uvm.